Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 86 (1991)
Heft: 3

Artikel: Bauen als Demonstration : Siedlungsqualität ist mehr als Ortsbildschutz
Autor: Fingerhuth, Carl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-175500

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

des oder eines Ensembles zu erhalten. Immer mehr muss auch die materielle Substanz mit Sorgfalt behandelt werden, wenn der Bau in seinem Werkcharakter, in seiner materiellen und ideellen Integrität als ein Ganzes gesehen werden will. Und gerade diese Forderung ist bei einem Haus wie diesem in hohem Masse angebracht. Das Auswechseln der Fenster macht deutlich, dass diese nicht irgendein beliebiges Element waren, sondern – um es mit einem romantischen Begriff zu sagen – Teil eines organischen Ganzen, das keine derart schwerwiegenden Verletzungen erträgt.

In der Theorie vertritt eine aufgeschlossene Denkmalpflege heute einen weiten Denkmalbegriff, der Bauten bis in die jüngste Gegenwart erfasst und in dem nicht allein die traditionellen architekturkünstlerischen Werte aufgehoben sind, sondern in den auch sozial-, technik- und industriegeschichtliche Bedeutungswerte Eingang gefunden haben. In der Auslegung in der Praxis beginnt dann das ermüdende Feilschen, das vielfach in elenden Kompromissen endet.

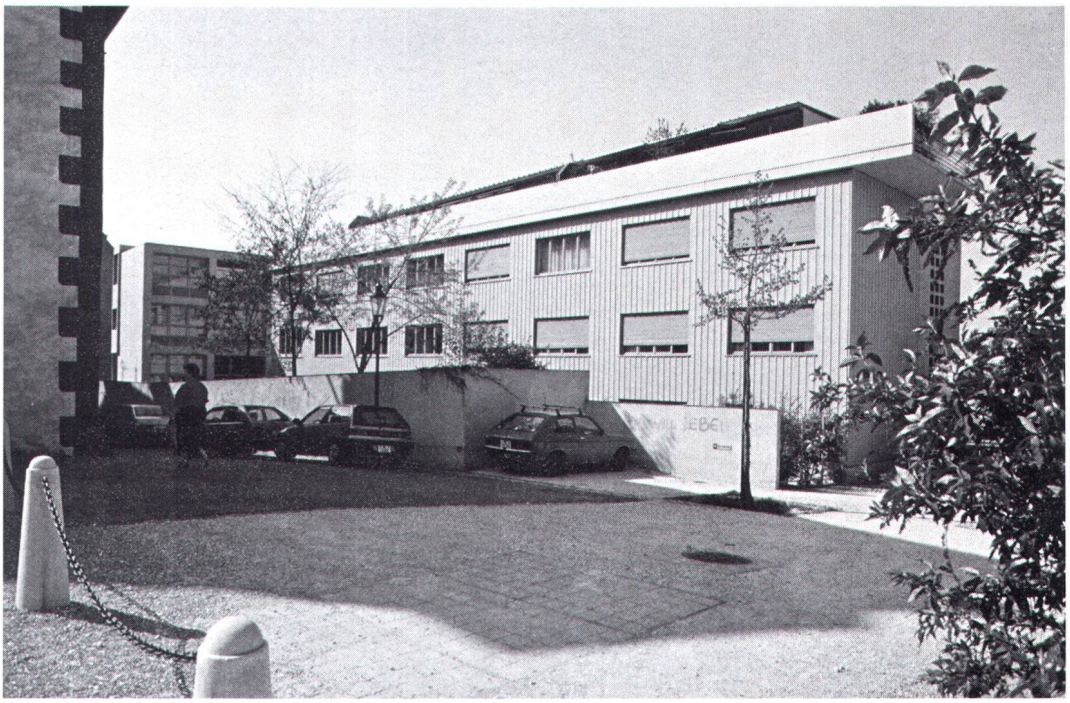
Was ist gefragt?

Gefragt ist nun nicht nur ein neuer Denkmalbegriff, gefragt sind Architektinnen und Architekten, die bereit und fähig sind, die Probleme, die diese Bauten heute stellen, ernsthaft anzugehen. Gefragt sind Eigentümerinnen und Eigentümer, denen Hausbesitz mehr bedeutet als ein endlos wachsendes Renditeversprechen, und die kulturelle Verpflichtung auch darin erblicken können, ein Haus in seiner materiellen und kulturellen Substanz zu pflegen. Und gefragt sind letztlich auch Bewohnerinnen und Bewohner, die Lebensqualität im Verzicht auf immer mehr Raum und immer mehr technischen Komfort zu verwirklichen verstehen.

Siedlungsqualität ist mehr als Ortsbildschutz

Bauen als Demonstration

von Carl Fingerhuth, Kantonsbaumeister, Basel



Neubau von Diener & Diener im Basler St.-Alban-Quartier (Bild Leemann).
Construction récente de Diener & Diener, dans le quartier bâlois de St-Alban.

Über Siedlungsqualität und den Versuch, diese mit konkreten Massnahmen in der Rheinstadt zu verwirklichen, befasste sich an der Fachtagung über «Heimatschutz und heutige Architektur» des Schweizer Heimatschutzes der Basler Kantonsbaumeister Carl Fingerhuth. Seine Ausführungen wurden ergänzt durch verschiedene Besichtigungen von realisierten Projekten der jüngeren Vergangenheit. Einige davon werden im folgenden Beitrag näher vorgestellt.

Wie fast alle europäischen Städte hätte auch Basel in den fünfziger und sechziger Jahren abgebrochen und neu gebaut werden sollen. Die alte Stadt war unbrauchbar, asozial und hässlich geworden. Mit einem «Gesamtplan» wurde der Weg zur realen Utopie aufgezeigt:
– eine Kolonnade von Hochhäusern sollte vom Bahnhof zum Flugplatz führen,
– die mittelalterliche Altstadt war zum Abbruch vorgesehen,
– ein verkehrsgerechter Städtebau wurde propagiert.

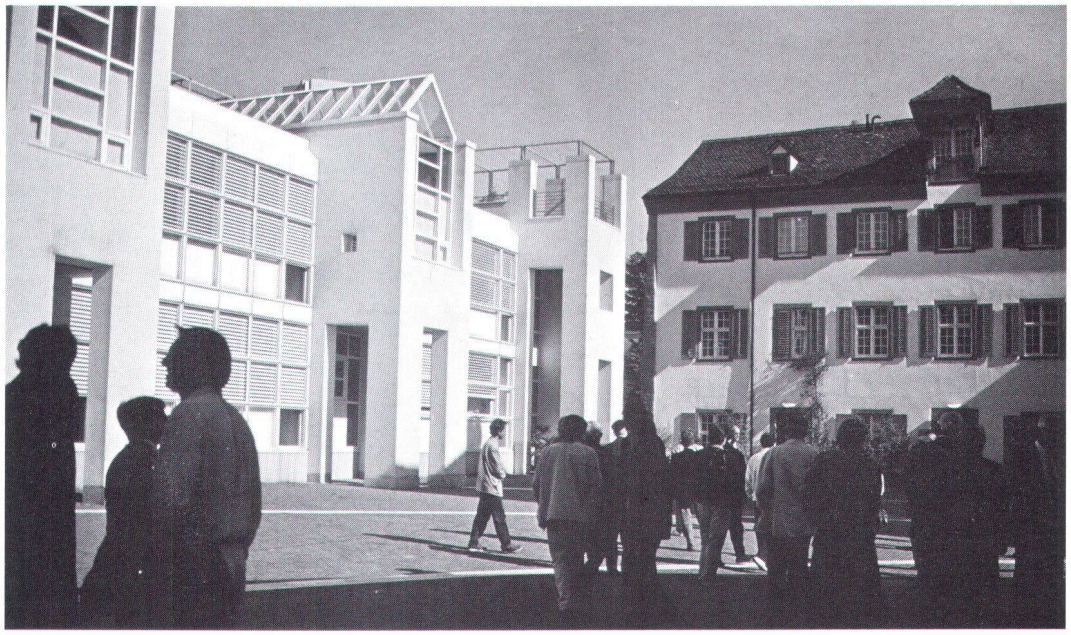
Anfangs der siebziger Jahre war die Zukunft zu Ende. Jede Veränderung der vorhandenen Stadt wurde zum schmerzvollen Verlust wertvoller Substanz. Wenn schon gebaut werden musste, sollte die Stadt – in Max Bächers Worten – «wieder so werden, wie sie nie gewesen war». Denkmalschutzgesetze wurden erlassen und grosszügig öffentliche Mittel für die Substanzerhaltung zur Verfügung gestellt.

Veränderte Grundhaltung

Mit den staatlichen Hochbauten versuchen wir seit Beginn der achtziger Jahre zu zeigen, wie die Aggression der klassischen Moderne gegenüber der vorhandenen Substanz und die Blockierung jeder Veränderung durch die Antimoderne überwunden werden könnte.

Entscheidend ist dabei eine veränderte – postmoderne – Grundhaltung gegenüber der gegebenen Stadt. Sie darf weder zum heiliggesprochenen Heimatmuseum werden, noch darf sie der ungeliebte Stolperstein auf dem Weg zur vollkommenen neuen Stadt sein. Postmoderner Städtebau

heisst akzeptieren, dass die Stadt gebaut ist, dass wir aber an ihr – als kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aufgabe – ständig weiterbauen müssen.
In der modernen Stadt liessen sich die Bewohner mit den Wundern der Zukunft vertrösten. In der postmodernen Stadt geht es um das Heute, das Gestern und das Morgen. Das Heute verlangt nach Qualitäten im unmittelbaren Umfeld der Wohnung. Das Gestern bezieht sich auf das geschichtliche Bewusstsein, die Erinnerung an die Bilder, die Kontinuität der Stadt. Das Morgen fordert die Berücksichtigung der Veränderung in der Zeit und sucht nach Bildhaftigkeit.



Städtebauliche Reparaturarbeit bei der Überbauung des Rosshof-Areales durch Naef/Studer & Studer, wo Neues mit Altem zu verbinden war (Bild Tanner).
Travail de retouches urbanistiques, lors du lotissement de l'espace Rosshof par Naef/Studer & Studer, où il fallait allier le neuf et l'ancien.

Wichtige Wohnungspolitik

Basel ist in mehrfacher Hinsicht als Ort für eine Suche nach einem postmodernen Städtebau prädestiniert.
– Als Stadtkanton ist Basel politisch weitgehend autonom. Die Stadt wird nicht – wie die anderen Schweizer Städte – von einem konservativ-ländlichen Kanton majorisiert, der keine Ahnung von der kulturellen Identität einer Stadt hat.
– Bauen in Basel ist seit der Entstehung der Stadt vor 2000 Jahren als keltisches Oppidum immer Bauen innerhalb von Grenzen und Bauen in Auseinandersetzung mit vorhandener Bausubstanz gewesen. Was früher die Stadtmauern waren, sind heute die politischen Grenzen. Der Kanton Basel-Stadt umfasst nur 40 km², die seit langem voll ausgebaut sind. Man konnte nie auf der grünen Wiese die Stadt neu erfinden.
– Basel war immer eine Grenzstadt zwischen den europäischen Kulturen. Heute liegt sein Flugplatz in Frankreich, die Nachtlokale befinden sich in Deutschland, und die Direktoren der Basler Industrie wohnen im Kanton Basel-Land.
In diesem Kontext wird die Wohnungspolitik zu einer ausserordentlich wichtigen Aufgabe.
– Die Verankerung der Bevölkerung in ihren Wohnquartieren ist für die politische Vitalität der Stadt von grösster Bedeutung.
– 75% der Steuereinnahmen des Kantons stammen aus den Einkommenssteuern der natürlichen Personen, d.h. den Bewohnern der Stadt.
– An der Fähigkeit des Staates, sich mit den ständig ändernden Ansprüchen der Bewohner kreativ auseinanderzusetzen, wird die Kompetenz der politisch Verantwortlichen gemessen.
Die vorhandenen Basler Wohnquartiere sind generell von hoher Qualität. Sie müssen aber vor Bauwut, Autofetischismus und sozialer Segregation bewahrt werden. Die Kontinuität der Stadt muss durch die Stadtplanung sichergestellt werden. Zu diesem Zweck wird ein breites Bündel von planerischen Massnahmen eingesetzt. Die wichtigsten Stichworte sind städtebauliche Schon- und Schutzzonen, verbindliche Wohnanteilpläne, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung, Beratung und finanzielle Beihilfen bei der Wohnungserneuerung. In diesem Artikel soll nun aber vor allem von den baulichen Massnahmen berichtet werden.

Staatliche Schrittmacher

Der Wohnungsbau war in der Schweiz bis heute eine Aufgabe der Privatwirtschaft, da Neubauten immer noch eine angemessene Rendite – verbunden mit hoher Sicherheit – für den Anleger möglich machten. (Durch die in der letzten Zeit stark gestiegenen Zinskosten ist dies für den Moment zwar in Frage gestellt.) So war der Kanton Basel-Stadt bis heute nicht gezwungen, sich wesentlich im Wohnungsbau zu engagieren. Von den rund 100000 Wohnungen in Basel befinden sich nur 4% im Besitz von öffentlichen Körperschaften.
Die vom Kanton Basel-Stadt realisierten oder begleiteten Wohnbauten sind deshalb in erster Linie Demonstrationen, mit denen politische oder kulturelle Ziele dokumentiert werden sollen. Wir wollten zeigen,
– dass ein rücksichtsvollerer Umgang mit der vorhandenen Stadt nötig ist,
– dass auch in der Altstadt mit einer Architektursprache von heute neu gebaut werden kann, wenn dies mit Respekt und Kreativität gegenüber dem Bestehenden getan wird,
– dass in der Innenstadt eine Mischung von Wohnen und Arbeiten angestrebt werden soll,
– dass mit Architekturwettbewerben Wohnungsbau von höherer Qualität – bei vergleichbaren Kosten – realisiert werden kann,
– dass auch mit Neubauten ein Beitrag zur Revitalisierung sozial benachteiligter Wohnquartiere geleistet werden kann,
– dass die ständige Suche nach preisgünstigem Wohnungsbau eine wichtige politische Aufgabe ist.

Quartier-Sanierung

Das St. Alban-Tal entstand im frühen Mittelalter im Umfeld eines Klosters. Es entwickelte sich zu einem dicht bebauten Gewerbegebiet. 1453 wurde die erste Papiermühle in Betrieb genommen. Buchdrukker, Übersetzer, Humanisten, Industrielle trafen sich im St. Alban-Tal oder, wie es auf baseldeutsch heisst, im Dalbe-

loch. 1954 verliess die letzte Papierfabrik das St. Alban-Tal. 1968 wurde vom kantonalen Parlament ein Sanierungsplan beschlossen. Alle nicht unter Denkmalschutz stehenden Bauten des Kantons waren zum Abbruch vorgesehen. Die durch die historischen Kanäle und die Stadtmauer bestimmte Struktur des Quartiers wurde von den vorgesehenen Neubauten ignoriert. Die vorgesehene Bautypologie entsprach dem Wohnungsbau am Stadtrand: freistehende, dreigeschossige Bauten mit Satteldach. Aus finanziellen Gründen wurde kein Teil dieses Konzeptes realisiert.

Ende der siebziger Jahre übernahm die Christoph Merian Stiftung die staatlichen Grundstücke im Baurecht. Noch immer sollte das St. Alban-Tal von einem verkommenen Gewerbequartier zu einem städtischen Wohn- und Arbeitsgebiet umgestaltet werden. Aber dies geschah vor dem Hintergrund einer ganz anderen Haltung der Stadt gegenüber. Es sollte nicht mehr ein Teil neuer Stadt gebaut werden, sondern die vertrauten, gewachsenen Strukturen sollten neuen Bedürfnissen angepasst werden. Es wurde nicht ein idealer Plan entworfen, sondern schrittweise, aus dem Vorhandenen heraus, ein Stück vorhandene Stadt erneuert. Abgebrochen wurden nur die Altbauten, die dem Neubau-Flügel des Museums für Gegenwartskunst weichen mussten. Papiermuseum, Jugendherberge, Künstlerateliers, Büros und Wohnungen wurden in bestehenden Bauten eingebaut. An zwei wichtigen Orten entstanden Neubauten für Wohnungen.

Bei den Mündungen des oberen und des unteren Mühlekanals in den Rhein waren die dort gelegenen Kopfbauten abgebrochen worden. Die Areale wurden seither als Parkplätze genutzt. Für beide Standorte wurden Wettbewerbe auf Einladung ausgeschrieben. Es ging darum, die gewachsene Struktur des Quartiers wieder lesbar zu machen und attraktiven Wohnraum zu schaffen.

Wohnhäuser St. Alban-Rheinweg 94/96.

Bauherrschaft: Christoph Merian Stiftung. Architekten: Diener & Diener, Basel.

«Die einfachen, gerichteten Baukörper schaffen durch ihre Lage und durch die Art ihrer Schichtung differenzierte räumliche Bezüge zu ihrer vielgestaltigen Umgebung: Zum Inneren des Quartiers, zur Letzimauer, zur Rheinpromenade, zum Sternenplatz und zum St. Alban-Teich. Das östliche Gebäude, parallel zur Rheinpromenade angeordnet und gegenüber dem Eckturm der Letzimauer zurückgesetzt, bildet eine Front zum Rhein hin und unterstreicht die Ufersituation. Der rückwärtige Trakt dieses Gebäudes ist leicht gegen die Letzimauer geneigt und begrenzt zum Quartier hin einen Hofraum. Das westliche Gebäude ist an den St. Alban-Teich angelehnt und bezeichnet dessen Verlauf. Mit seiner Hauptfassade schliesst es den Sternenplatz nach Westen hin ab und führt von dort in das Quartier hinein. Baustruktur und Ausbildung der Volumen beziehen sich auf die das St. Alban-Tal prägenden Bauten des Mittelalters und des 19. Jahrhunderts, sind aber in einer bewusst modernen Sprache umgesetzt.» Aus «Bauten für Basel», herausgegeben vom Hochbauamt Basel 1989.

Städtebauliche Reparaturarbeit

Überbauung des Rosshofs, Petersgraben 49/51.

Bauherrschaft: Kanton Basel-Stadt, Hochbauamt.

Architekten: Naef J., Prof. Studer E. + Studer G., Zürich.

Auch hier bestand in Form eines 13geschossigen Parkhauses ein nicht ausgeführtes «modernes» Projekt. 1978 wurde die Planung der Überbauung des als Parkplatz dienenden Areals wieder aufgenommen. Die Zielsetzungen bei dieser Bauaufgabe waren weitgehend mit denen identisch, welche die Sanierung des St. Alban-Tales bestimmten. In einem komplexen städtebaulichen Geflecht, im Inneren der historischen Altstadt und längs der Trasse der ersten grossen Basler Stadtmauer von 1200 sollte ein Bau errichtet werden, der sich nicht ausgrenzt, sondern Brücken zu den ganz unterschiedlichen städtebaulichen Situationen schlägt.

Zusätzlich ging es um das Anliegen, im Zentrum der Stadt auch für Familien attraktive Wohnungen zu schaffen. Der Bau sollte für Universitätsinstitute, Wohnungen und ein Parkhaus für Bewohner der Innenstadt dienen. In einem zweistufigen öffentlichen Wettbewerb entstand ein Projekt, das vom Bewusstsein getragen ist, die Geschichte des Ortes aufzunehmen, gleichzeitig aber auch – mit den Worten von Hans Küng – Imagination, Sensibilität und Emotionalität einzubringen. Vom Durchgang zum innenliegenden Hof, der von Hannes Vogel gestaltet wurde, erreicht man die Wohnungen. Sie sind den Universitätsinstituten überlagert und bestehen weitgehend aus zweigeschossigen Wohnungen, die mit einem Laubengang auf der Hofseite erschlossen werden.

Wettbewerb für Hinterhöfe

Beispiele wie die Sanierung des St. Alban-Tals oder die Überbauung des Rosshofes

können grundsätzliche Anliegen exemplarisch dokumentieren. Sie laufen aber Gefahr, nicht ernst genommen zu werden, da sie in dieser Form nur durch öffentliche oder halböffentliche Institutionen – wie die Christoph Merian Stiftung – realisiert werden können. Das gleiche gilt in bezug auf den Ruf nach Wettbewerben. Einerseits sind oft junge Büros durch grosse Vorhaben von ihrer Artikulationsfähigkeit und wirtschaftlichen Kapazität überfordert, andererseits bezweifeln die privaten Investoren die Zweckmässigkeit von Wettbewerben für kleinere oder trivialere Objekte.
Um diesen Problemen zu begegnen, haben wir für Bauflächen und Hinterhöfe in der historischen Innenstadt ver-

Hinterhof-Wohnhaus in Holzkonstruktion von Herzog & de Meuron an der Hebelstrasse 11 in Basel (Bild Tanner).
Maison de bois moderne bâtie dans une cour par Herzog & de Meuron, Hebelstrasse 11 à Bâle.

La qualité de l'habitat:

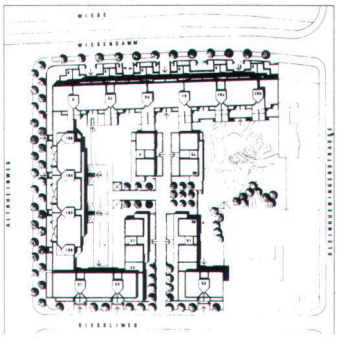
Plus qu'une protection des sites

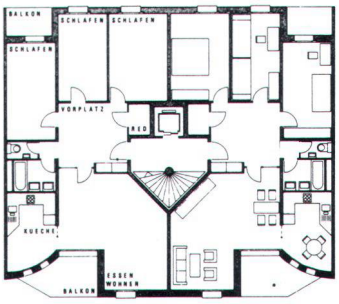
par Carl Fingerhuth, architecte cantonal, Bâle (résumé)

La qualité de l'habitat, et les efforts pour la réaliser, dans la ville rhénane, par des mesures concrètes, ont fait l'objet d'une communication de l'architecte cantonal, M. Carl Fingerhuth, lors du colloque «Heimatschutz et architecture d'aujourd'hui». Nous la résumons ci-après.

Comme pour beaucoup de villes européennes, dans les années cinquante et soixante, il a été question de démolir Bâle – y compris son ancien quartier médiéval – pour la reconstruire en fonction de la circulation automobile. Dans les années septante, ce fut l'inverse: toute transformation était ressentie comme une douloureuse perte de substance architecturale; on promulgua des lois de protection, et des moyens financiers importants furent mis à disposition à cette fin. Et, depuis le début des années quatre-vingt, l'Etat s'est mis à construire lui-même pour montrer comment éviter à la fois l'agression du modernisme contre le patrimoine historique, et le blocage de tout changement par l'anti-modernisme.
C'est donc le postmodernisme qui prévaut maintenant: on doit accepter la ville telle que le passé l'a constituée, assurer une continuité, mais – c'est une tâche culturelle, sociale et économique – continuer à y construire en tenant compte des transformations de notre temps, tout en cherchant à être plaisant et convaincant. Bâle semble justement prédestinée pour cette recherche postmoderniste: c'est un canton-ville, non majorisé par une campagne qui «sentirait» mal l'identité culturelle de la cité; et, depuis son apparition il y a 2000 ans comme oppidum celtique, elle a toujours eu d'étroites limites, sans possibilité de s'étendre dans des espaces verts d'alentour. Ses 40 km^2 sont totalement bâtis.
Dans cette situation, la politique de l'habitat devient une tâche d'extrême importance, et l'on mesure la compétence des responsables politiques à leur capacité de répondre aux aspirations toujours changeantes des habitants. La continuité doit être assurée par la planification urbaine, qui a donné lieu à de très nombreuses mesures: zones protégées, modération du trafic, obligation d'une certaine proportion de logements dans les nouveaux immeubles, aide et conseils aux particuliers qui rénovent.
Jusqu'à présent, en Suisse, la construction de logements a surtout été une affaire privée, liée aux rendements financiers du secteur immobilier. A Bâle, 4% seulement des logis sont propriété publique. Aussi les immeubles réalisés ou subventionnés par le Canton sont-ils surtout des sortes de démonstrations, destinées à mettre en relief les objectifs politiques ou culturels des autorités qui entendent montrer:
– qu'un comportement respectueux à l'égard de la cité préexistante est nécessaire;
– qu'un langage architectural nouveau est admissible même dans la vieille ville, à condition d'avoir pour elle des égards et de faire preuve de créativité;
– que la recherche constante d'une construction de logements de prix abordable est une tâche politique primordiale et qu'il appartient à l'Etat de favoriser cette construction sociale;
– que le système des concours d'architectes est un moyen de réaliser un habitat de haute qualité à des coûts raisonnables, comme plusieurs cas en ont déjà donné l'exemple: il est exigé que, dans tout contrat de construction, la conception architecturale du projet fasse l'objet d'un concours;
– qu'il faut tendre, au cœur de la ville, à créer un heureux mélange de locaux d'habitation et de locaux de travail;
– que même avec des constructions nouvelles, on peut contribuer à la ranimation de quartiers d'habitation socialement désavantagés.

schiedene öffentliche Wettbewerbe durchgeführt.
Neben den allgemeinen wohnungspolitischen und städtebaulichen Zielen sollte speziell auch der Architekturwettbewerb als Verfahren für den privaten Investor propagiert werden. Ferner ging es darum, das neu erlassene Denkmalschutzgesetz in bezug auf seine Flexibilität gegenüber Neubauten auf die Probe zu stellen. Wir erwähnen hier nur das Wohnhaus Hebelstrasse 11.
Bauherrschaft: Baudepartement Kanton Basel-Stadt, Hochbauamt. Architekten: J. Herzog & P. de Meuron, Basel. Der Hinterhof konnte nach einer Gesamtplanung der Raumbedürfnisse des Kantonsspitals wieder für Wohnzwecke genutzt werden. Den Wettbewerb auf Einladung gewannen die Architekten Jacques Herzog und Pierre de Meuron.
«Die äusserliche Uneinheitlichkeit unserer Achitektur bezieht sich auf die äusserliche Uneinheitlichkeit unserer Umwelt, das heisst derjenigen Orte, denen wir begegnen, die wir durch unsere Arbeit beeinflussen und verändern wollen. Diese Beeinflussung und Veränderung zielte bisher meistens in die Richtung, die wir als vorhandene Qualität eines Ortes erkennen konnten; wir benutzten sozusagen vorhandene, aber vielleicht nicht allen Leuten in gleichem Masse zugängliche oder sichtbare Gesichtslinien, um einem Ort eben einen spezifischen Ausdruck zu geben. Ein Beispiel für einen solchen Ort ist jener Hinterhof, wo wir für ein Wohnhaus entlang einer bestehenden Hofmauer eine hölzerne Architektur entwickelten, die wie eine Remise oder ein vor diese Wand gestelltes Möbelstück wirkt. Wir entwickelten also einen Typ von Architektur, der auf dieses wichtige Architekturelement – die Hofmauer – verweist und ebenso auf die der Strasse abgewandte, geschützte Situation des Hofs.





Sozialer Wohnungsbau «Wiesengarten» von W. und K. Steib auf einem ehemaligen Fabrikareal in Basel (ganz oben, Bild Goll); oben links Situationsplan und oben rechts Wohnungsgrundriss.
Le «Wiesengarten», locatif à loyers sociaux de W. et K. Steib, sur l'emplacement d'une ancienne fabrique de Bâle; en bas à gauche, plan de situation; en bas à droite, plan des appartements.

Wir dachten an jene vertrauten, hölzernen Remisen, die als Flügelbauten oft den massiven strassenseitigen Häusern angebaut waren. Die Intimität des Hofs mit der langgestreckten Mauer hat ja etwas von einem Innenraum – daher auch dieses Bild des möbelartigen Gebäudes, das da vor dieser Wand stehen sollte. Tatsächlich ist dann diese Wand zum bestimmenden Moment des ganzen Entwurfs geworden: vom Grundriss her in den linear angeordneten, zum Hof hin gerichteten Räumen; von der Struktur her in den horizontalen Balken, die, von der Wand ausgehend, auf eine Reihe von gedrechselten Säulen treffen. Die hölzernen Füllungen sind wie einzelne, aneinandergereihte Türen in dieser Balkenstruktur vor der Hofmauer hineingestellt. Sie bilden also nicht, wie etwa bei einem Schrank, die hauptsächliche Aussenseite. Das ursprüngliche Bild des Möbelstücks hat sich verändert zugunsten einer Struktur, wo diese hölzernen Füllteile vielleicht noch an ein Möbelstück erinnern, tatsächlich aber ganz etwas anderes geworden sind.»
Aus einem Interview mit Jacques Herzog in der Zeitschrift «Parkett» vom Juni 1989 (Parkett-Verlag AG, Zürich).

Sozialer Wohnungsbau

Wie schon dargelegt, ist der Wohnungsbau in Basel traditionell eine Aufgabe der Privaten, hingegen unterstützt der Staat mit verschiedenen Massnahmen den sozialen Wohnungsbau. So werden staatliche Areale, die sich für den Wohnungsbau eignen, im Baurecht an geeignete Trägerschaften abgegeben. In den Baurechtsverträgen wird jeweils verlangt, dass die Suche nach dem baulichen Konzept über einen Architekturwettbewerb erfolgen müsse. Die folgenden drei Objekte entstanden alle auf diesem Weg, wenn auch mit verschiedenen Verfahren: Wohnüberbauung Wiesengarten, Wiesendamm – Altrheinweg – Giessliweg.
Bauherr: Pensionskasse des Basler Staatspersonals.
Architekten: Wilfried und Katharina Steib, Basel.
Es handelte sich um ein ehemaliges Fabrikareal, am Rande eines Wohnquartiers aus den fünfziger und sechziger Jahren, auf den anderen Seiten durch einen Zufluss zum Rhein und den Rangierbahnhof des Rheins begrenzt. Die städtebauliche Typologie des Quartiers, Blockrandbebauung mit grossen Innenhöfen, wurde aufgenommen und gemäss den heutigen Bedürfnissen weiterentwickelt. Alle Wohnungen haben einen direkten Zugang zu den Hofgärten oder verfügen über grosse Wohnbalkone oder Dachterrassen. Die Vertreter der Bauherrschaft im Preisgericht des Wettbewerbs auf Einladung befürchteten untragbare Mehrkosten infolge dieser Aussenanlagen, so dass eine zweite Stufe mit den beiden ersten Preisträgern durchgeführt werden musste. Die Beurteilung der überarbeiteten Projekte durch einen neutralen Experten zeigte, dass die Mehrkosten von ca. 2% der gesamten Investition durch Mehrwerte bei der Wohnqualität bei weitem aufgewogen werden. In der Zwischenzeit hat es sich auch gezeigt, dass die Überbauung bei den Benutzern überaus beliebt ist und sich im Vergleich zu anderen vergleichbaren Objekten viel besser vermieten lässt.